

**Für neue Arbeit, bessere Bildung,  
Betreuung und Integration sowie  
eine lebenswerte Umwelt**



*Herne*

**Kooperationsvereinbarung  
für die Wahlperiode**

**2009 - 2014**

## **A. Präambel**

## **B. Vereinbarungen der Vertragspartner**

1. Arbeit und Wirtschaft
2. Stadtentwicklung
3. Soziales
4. Bildung und Familie
5. Umwelt
6. Verkehr
7. Jugendhilfe
8. Sport
9. Kultur
10. Integration
11. Haushalt und Stadtwirtschaft
12. Verwaltung, Finanzen und Personal

## **C. Verfahren**

## **A. Präambel**

Die Vertragspartner erklären ihren Willen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit für die Dauer der Wahlperiode 2009 bis 2014 fortzusetzen. Die im Folgenden niedergelegten Punkte sind die zum jetzigen Zeitpunkt verhandelten kommunalpolitischen Projekte und Ziele. Beide Partner erklären ihre Absicht, die sich in der Wahlperiode ergebenden neuen Aufgaben im Sinne der Vereinbarung und unter Weiterentwicklung der aufgeführten Verhandlungsergebnisse gemeinsam zu gestalten.

Alle angestrebten Maßnahmen und Projekte stehen unter dem Vorbehalt, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung gelingt und unsere Stadt außerdem nicht durch Maßnahmen der neuen Bundesregierung weiter finanziell belastet wird.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die Vertragspartner weiterhin für eine Stadt ein, in der Menschen unabhängig vom Geldbeutel, von Geschlecht und Alter sowie Nationalität gleiche Chancen haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, im Rahmen vorhandener Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu sorgen sowie gegen Rassismus einzutreten. In dieser Wahlperiode werden wir uns schwerpunktmäßig der Anpassung der Infrastruktur an den demografischen Wandel befassen. Ziel der Zusammenarbeit ist es, den seit Jahrzehnten laufenden Strukturwandel in Herne weiter konsequent fortzusetzen und die Stadtentwicklung gleichwertig unter den Vorzeichen einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsperspektive zu gestalten.

Die Vertragspartner haben daher diese Vereinbarung an folgenden Leitgedanken orientiert:

- **Das Profil der Stadt in der Region stärken.**
- **Politische Gestaltungsspielräume durch verantwortungsbewusste und generationengerechte Haushaltspolitik erhalten.**
- **Den sozialen Zusammenhalt und die dafür notwendige Infrastruktur in der Stadt erhalten.**
- **Den Rahmen für neue Arbeitsplätze in Herne schaffen.**
- **Transparenz in Politik und Verwaltung schaffen.**
- **Nachhaltigkeit im Sinne des AGENDA 21 – Gedankens praktizieren.**
- **Mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle fördern.**
- **Weiter konsequent auf Bürgerbeteiligung setzen.**
- **Familienfreundliche Stadt sein.**

Die Vertragspartner sind sich bewusst, dass sich die Finanzlage dramatisch zugespitzt hat. Es ist daher notwendig, dass Haushaltskonsolidierungsvorschläge im nennenswerten Umfang generiert werden.

Wir wollen auch bei möglichen weiteren Verschlechterungen der Haushaltslage gemeinsam und im Gespräch mit Betroffenen in Verbänden, Vereinen und Personal- und Betriebsräten vernünftige Lösungen suchen, die den oben genannten Leitlinien entsprechen.

## **B. Vereinbarungen der Vertragspartner**

### **Gliederung:**

- 1. Arbeit und Wirtschaft**
- 2. Stadtentwicklung**
- 3. Soziales**
- 4. Bildung und Familie**
- 5. Umwelt**
- 6. Verkehr**
- 7. Jugendhilfe**
- 8. Sport**
- 9. Kultur**
- 10. Integration**
- 11. Haushalt und Stadtwirtschaft**
- 12. Verwaltung, Finanzen und Personal**

# **1. Arbeit und Wirtschaft**

Eines unserer Kernanliegen bleibt es, den Rahmen für neue Arbeitsplätze in Herne zu schaffen. Dabei verkennen wir nicht, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene gesetzt werden. Wir werden aber unsere kommunalen Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzen. Unser Engagement für den Erhalt der Arbeitsplätze in der kommunalen Wirtschaft spielt dabei ebenfalls eine große Rolle.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- Förderung von Existenzgründungen.
- Entwicklung des Mittelstandes.  
In diesem Zusammenhang setzen sich die Vertragspartner weiterhin für den Erhalt der Eigenständigkeit der Herner Sparkasse ein.
- Gewerbeflächen marktreif entwickeln.
- Kompetenzfelder wie z.B. Logistik und Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen. Außerdem sind jedoch auch andere wirtschaftliche Bestrebungen etwa im Bereich der Kreativwirtschaft zu stützen.
- Die regionale Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung und der Flächennutzung weiter zu intensivieren.

Kernthema wird die Entwicklung von Gewerbeflächen sein:

- **Schloss Grimberg/ Unser Fritz I/IV**

Wir begrüßen den schnellstmöglichen Anschluss an die Bundesautobahn sowie eine weitere Entwicklung und Einbindung der Flächen von Unser Fritz I/IV.

- **Schloss Strünkede**

Wir sind uns bewusst, dass durch die Vermarktung der Flächen für kleinteiliges Gewerbe Eigenmittel durch eigenwirtschaftliches Handeln zu generieren sind.

- **Blumenthal**

Die Aufbereitung und Nutzungsmachung erfordert die Schaffung eines Grundstücksfonds Ruhr, der mit Landesmitteln versehen wird.

- **Güter- und Rangierbahnhof Horsthausen**

Wir streben eine Entwicklung mit kleinräumiger Gewerbeansiedlung an. Logistikunternehmen werden hier nicht berücksichtigt.

- **Kohlekraftwerk Krefeld**

Die Vertragspartner sind sich einig, dass eine Beteiligung am ewmr-Projekt Kohlekraftwerk Krefeld nicht weiter verfolgt wird.

## **2. Stadtentwicklung**

Hernes Vorteil ist die zentrale Lage im Ruhrgebiet. Wir wollen uns stärker als zentrale Wohnstadt im Revier positionieren. Um dies zu erreichen, sollen zentrale Örtlichkeiten städtebaulich neu gestaltet, attraktive Wohngebiete neu geschaffen und bestehende Siedlungsstrukturen sowohl baulich saniert als auch sozial gestützt werden. Daneben gilt es, wichtige Freiflächen zu schützen und ökologisch aufzuwerten.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Thyssenhalde/Plutohalde**

Wir streben im Zuge der Umgestaltung eine Zuwegung und somit Öffnung für die Bürgerinnen und Bürger an.

- **Zentrum Herne-Nord**

Zur Finanzierung der Grundstücke benötigen wir als Instrument einen Grundstücksfond Ruhr als notwendige Kofinanzierung. Alternativ ist die Einrichtung eines förmlichen Sanierungsgebietes zu prüfen.

- **Abriss von Gebäuden**

Wir wollen uns für eine Änderung der Landesbauordnung einsetzen, damit gesetzliche Rahmenbedingungen für den Abbruch verfallener baulicher Anlagen geschaffen werden.

- **Gestaltungssatzung und Beirat**

Für die Innenstädte Herne und Wanne streben wir eine Gestaltungssatzung und die Gründung eines Gestaltungsbeirates an. Daneben wollen wir den quartiersbezogenen Ansatz stärken.

- **Masterplan Wanne**

Wir wollen die Sozialstruktur im Stadtbezirk Wanne weiter stützen und den „Masterplan Wanne“ mit seinem Schwerpunkt in der Innenstadt von Wanne konsequent fortsetzen. Maßnahmen in den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Stadteilerneuerung, Schulentwicklung etc. sollen auch weiterhin umgesetzt werden. Das Bauvorhaben am Glückaufplatz („Stadtter-Center“) wird unterstützt.

- **Schweinemarkt**

Die Fläche soll mit besonderem städtebaulichen Anspruch und ökologischer Ausrichtung bebaut werden.

- **Knipping-Dorn-Gelände**

Die Vertragspartner halten an den bereits eingeleiteten Plänen des Geländes Knipping-Dorn fest, Wohnflächen und wohnortnahes Gewerbe anzusiedeln. Bestehende Einrichtungen sind in ihrem Bestand zu sichern.

- **Gewerbe- und Wohnbaureserveflächen**

Die Verwaltung wird eine aktuelle Aufstellung der Gewerbe- und Wohnbaureserveflächen mit Angaben zur Verfügbarkeit und Priorität erstellen und mit notwendigem Abriss koordinieren.

### **3. Soziales**

Herne verfügt über ein engmaschiges Netz sozialer Hilfen, die auch zu einem großen Teil durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege erbracht werden. Kürzungen seitens des Landes und die zunehmende Kommunalisierung von Aufgaben machen die Finanzierung dieser notwendigen Hilfen immer schwieriger. Die Vertragspartner wollen die soziale Infrastruktur unserer Stadt erhalten und bekennen sich zum Prinzip der solidarischen Gesellschaft.

Die seit Jahren unveränderte kommunale Finanzierung der „freiwilligen Leistungen“ bedeutet allerdings eine faktische Kürzung, da bei steigenden Personal- und Sachkosten die gleichen Leistungen erbracht werden, ohne dass der kommunale Finanzierungsanteil entsprechend angepasst werden konnte.

Weil die soziale Infrastruktur jedoch ein wichtiger Baustein für die „Soziale Stadt“ Herne ist, wollen die Vertragspartner, dass mit dem Regierungspräsidenten darüber in den Dialog getreten wird, wie auch in Zukunft die Förderung der notwendigen freiwilligen Leistungen, die durch freie Träger erbracht werden, sicher gestellt werden kann.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Kosten der Unterkunft**

Wir treten auf allen politischen Ebenen dafür an, dass der Bund sich nicht aus der Verantwortung für die Langzeitarbeitslosigkeit stiehlt. Der Bund muss daher seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft wieder deutlich erhöhen statt ihn – wie geplant – zu senken.

- **Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Herne (GBH)**

Die Vertragspartner legen auch weiterhin deutlichen Wert auf den Erhalt der GBH auf den Feldern der Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, wobei ein besonderes Augenmerk Projekten für arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslosen zukommt.

- **Beschäftigungspolitik**

Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der in der Folge in den nächsten Jahren steigenden Arbeitslosigkeit sehen wir die Verpflichtung, Arbeitslosen eine Brücke zu neuer Beschäftigung auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu bauen.

Dabei haben auch die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) ihren Stellenwert. Sie sollen mit ihren besonderen Rahmenbedingungen (gemeinnützig und zusätzlich) auch weiterhin ein erster Schritt in Herne sein.

Darüber hinaus wollen wir das „Herner Modell“ mit intelligenten Lösungen für sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt kontinuierlich ausbauen, z.B. über Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante oder Programmen wie z.B. der „Job Perspektive“. Dabei ist in allen kommunalen Programmen ein Mindestlohn von 7,50 € zu berücksichtigen.

Bei der geplanten Umgestaltung der ARGE muss der Einfluss der Kommunen gestärkt werden. Beschäftigungspolitik ist auch Sozialpolitik und soll vor Ort für

die Menschen gestaltet werden. Es darf nicht sein, dass die Geschäftspolitik für die Herner ARGE von der Arbeitsagentur in Nürnberg bestimmt wird.

- **Langzeitarbeitslosigkeit**

Die Umsetzung der „Hartz-Gesetze“ hat die Stadt Herne vor zahlreiche Herausforderungen gestellt.

Bei der Festsetzung bzw. der Prüfung der Angemessenheit der Unterkunftskosten wurde mit Augenmaß vorgegangen. Die von Politik und Verwaltung entwickelten Regelungen haben dazu geführt, dass die befürchteten Massenumzüge vermieden werden konnten und die betroffenen Herner Bürgerinnen und Bürger in der Regel in ihren Wohnungen verblieben sind.

Auch bei den schwierigen Auseinandersetzungen um die Heizkosten wurden Regelungen entwickelt, die den unterschiedlichen Anforderungen des Gesetzgebers und der Sozialgerichte aber auch den Interessen der Betroffenen gerecht werden.

- **Alleinerziehende**

Wir wollen dabei helfen, allein erziehenden Müttern und Vätern neue Perspektiven am Arbeitsmarkt zu erschließen, denn sie haben das höchste Risiko dauerhaft hilfebedürftig zu bleiben. Unser Ziel ist die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben.

- **Arbeitslosenzentren**

Trotz der Streichung der Landesmittel durch die CDU/FDP-Landesregierung ist die Arbeit der Arbeitslosenberatungsstelle bzw. des Arbeitslosenzentrums bis Ende 2010 gesichert. Aber auch darüber hinaus ist eine verlässliche Absicherung in Kooperation mit den Kirchen anzustreben.

- **Sozialticket**

Die Vertragspartner streben die Einführung eines Sozialtickets im Rahmen einer gemeinsamen Lösung innerhalb des VRR an.

- **Lebensräume altersgerecht gestalten**

In Herne leben schon jetzt anteilig mehr alte Menschen als in vielen Städten Deutschlands. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir weiterhin die Altenarbeit zu einem zentralen Bestandteil von Sozial- u. Arbeitsmarktpolitik machen. Wohnen, Freizeit und Mobilität der älteren Generation müssen so organisiert sein, dass ein möglichst eigenständiges und selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter möglich ist. Darunter verstehen wir:

- Den Ausbau alternativer Wohnformen (z. B. „WIR im Unruhestand“, Mehrgenerationen-häuser, Senioren-Wohngemeinschaften).
- Den notwendigen Ausbau von Pflegeplätzen (ambulant vor stationär), wobei auch der besonderen Situation älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund Rechnung zu tragen ist.
- Die Entwicklung wohnortnaher Freizeitangebote für ältere Menschen.

- **Menschen mit Behinderungen**

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Recht und Würde von Menschen mit Behinderung ein. Außerdem wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten durch den Behindertenbeirat beibehalten.

Weiterhin wollen wir den gemeinsamen Unterricht stärken. Sowohl die Seniorenpolitik wie auch die Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verstehen wir ebenfalls als beschäftigungspolitische Chance für Projekte, etwa im Quartiersmanagement.

- **Förderung des Ehrenamtes**

Angesichts immer neuer Herausforderungen ist unsere Stadt in Zukunft mehr denn je auf freiwillige und ehrenamtliche Mithilfe und Unterstützung angewiesen. Sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialbereich sind ehrenamtliches Engagement und die Selbsthilfe weiter zu fördern und auch zu würdigen. Es gilt daher, die Anerkennungsstruktur noch weiter zu verbessern.

- **Forensische Klinik**

Es ist an der Zeit, dass die alten Frontstellungen aufgegeben werden. Die Vertragspartner werden unverändert, insbesondere auch an Konzepten zur forensischen Nachsorge, im Beirat der Forensik konstruktiv mitarbeiten. Weiterhin wollen wir in der Öffentlichkeit und den bürgerschaftlichen Gremien die Arbeit der Forensik begleiten und die positiven Aspekte für die Stadt, z.B. im Bereich der qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Einrichtung, herausstellen.

## **4. Bildung und Familie**

Bildung ist für die Vertragspartner der entscheidende Baustein für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Kommunales Bildungsmanagement**

Wir werden auf der Basis der neu geschaffenen Organisationsstrukturen (Bildungsbüro, Stabsstelle, regionales Bildungsnetzwerk, Lernen vor Ort) ein nachhaltiges, effizientes kommunales Bildungsmanagement aufbauen und installieren. Kernpunkte werden dabei die Verbesserung der Bildungssituation in Schulen und anderen Lernorten, der Übergang zwischen den Schulformen, der Übergang Schule/Beruf sowie die Bildungsberichterstattung sein.

- **Ganztägige schulische Betreuung**

Wir werden den Betrieb der Ganztagschulen weiterhin in seiner Qualität verbessern. Hierzu zählen insbesondere Investitionen wie das Schulsanierungsprogramm und der „Lebensraum Schule“ aber auch der Ausbau der päd. Betreuungsqualität.

- **Echte Ganztagschulen**

Mit der Einrichtung des echten Ganztags an Realschule Crange und Gymnasium Wanne haben wir erste Schritte unterstützt, die Bildung ganzheitlicher zu ermöglichen. Dieser Weg soll fortgesetzt werden.

- **Kooperation Schule und Jugendhilfe**

Die Ansätze im Rahmen einer verbesserten Schulsozialarbeit müssen auch unter Einbeziehung außerschulischer Träger und Themen (z.B. Demokratie live) intensiviert und weiter ausgebaut werden.

- **Schulinfrastruktur**

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Schulentwicklungsplanung forcieren wir die Bedarfsoptimierung und die Ausstattung der Schulen in unserer Stadt.

- **Schüler mit Migrationshintergrund**

Die Verbesserung der Bildungsabschlüsse ist für uns ein zentrales Ziel. Wir wollen eine kommunale Bildungsoffensive für Migranten und Deutsche durch den Ausbau der bestehenden Angebote (z.B. Sprachförderung) bzw. durch deren Neuentwicklung starten.

- **e-nitiative**

Der Einsatz neuer Medien in Schulen ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Bildungspolitik. Wir werden die Investitionsmöglichkeiten des Konjunkturpakets II offensiv nutzen.

- **Die Neuorganisation der Arbeit der Fachbereiche**

Die Neuorganisation der Arbeit der Fachbereiche Schule, Kinder-Jugend-Familie unter der Leitlinie einer verbesserten Kooperation in den gemeinsamen Aufgabenfeldern ist Ziel der Vertragspartner.

- **Schulstruktur**

Wir wollen Möglichkeiten für ein längeres gemeinsames Lernen (Gemeinschaftsschule) nutzen, sobald die schulrechtlichen Rahmenbedingungen dafür vorliegen.

- **Familie**

Wir streben den Aufbau einer durchgängigen Betreuungskette von 0-10 Jahren an. Mit dem Ausbau der OGTS und dem laufenden Ausbau der Angebote für Kinder unter 3 Jahren sind wir auf einem guten und notwendigen Weg. Die Betreuungskette ist zum einen Standortfaktor, der berufstätigen Eltern das Wohnen und Leben in Herne attraktiver macht. Zum anderen ist die Betreuungskette ein wichtiges Element der Unterstützung und Entlastung für Familien, die Hilfe und Begleitung brauchen.

Tageseinrichtungen für Kinder sind unverzichtbare primäre Bildungseinrichtungen. Wir wollen, dass alle Kinder die Chance haben, so früh wie möglich eine Kindertageseinrichtung zu besuchen. Hierfür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen, so dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder in Herne erfüllt wird.

Entsprechend der Bund-Länder-Kommunen-Vereinbarung streben wir an, für 35% aller Kinder unter 3 Jahren einen Betreuungsplatz zu schaffen.

Wir wollen (in Umsetzung des Handlungsprogramms „Familie“) ein Familienbüro einrichten. Es soll Anlaufstelle für Familien sein, Präventionsaufgaben (z.B. Erstbesuche) wahrnehmen und Familienbildung betreiben.

- **Familienfreundliche Stadt**

Die Weiterarbeit an dem Ziel der „Familienfreundlichen Stadt Herne“ durch die Umsetzung des entsprechenden Handlungsprogramms wird für die Vertragspartner ein weiteres Kernthema sein.

## **5. Umwelt**

Der Schutz der Menschen vor gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen gehört zu den Kernaufgaben der städtischen Daseinsfürsorge. Darüber hinaus verdient der verantwortungsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen eine besondere Beachtung. In Herne, eine der dicht besiedelten Städte Deutschlands, kommt dabei dem Schutz der Grün- und Freiflächen eine besondere Bedeutung zu. Attraktive Grünflächen sind immer auch ein Standortvorteil.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Lokale Agenda 21 und Stadt Herne**

Wir werden die Lokale Agenda 21 mit ihren zahlreichen Projekten weiterhin unterstützen. Die finanzielle Absicherung der Agenda-Arbeit werden wir dauerhaft sicherstellen.

Die Arbeit des Agenda-Beirates werden wir gemeinsam bewerten und ggf. Anpassungen in der Zusammensetzung vornehmen.

Das Projekt Ökoprotif soll fortgeführt werden. In dieser Wahlperiode soll die Stadtverwaltung selbst an dem Projekt teilnehmen.

Der Stadt Herne kommt eine Vorbildfunktion hinsichtlich der Gedanken des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit zu. Das Beschaffungswesen soll sich dabei an den Empfehlungen des Handbuchs für ein umweltorientiertes Beschaffungswesen der EU orientieren.

Die Stadtverwaltung wird ihre Politik des sparsamen Umgangs mit Energie forcieren und weiterhin den Einsatz erneuerbarer Energien unterstützen. Bei der Erneuerung von Heizungssystemen in städtischen Gebäuden ist der Einsatz von nachhaltigen Energiequellen zu prüfen. Im Rahmen von Budgetierung und Neuem Kommunalen Finanzmanagement (NKF) soll sparsamer Umgang mit Energie belohnt werden. Die Verwaltung soll hierzu ein Handlungsprogramm, in Anlehnung an die „Mission E“ der Energieagentur.nrw, zur Energieeinsparung durch Verhaltensänderungen erarbeiten.

Unser gemeinsames Ziel ist es ferner, dass die Stadtwerke Herne den Anteil von regenerativen Energien weiterhin deutlich erhöhen.

In den Rat werden wir zudem einen Antrag zu einem umfassenden CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm einbringen, um Kosten und Energie zu sparen.

- **Grün- und Freiflächen**

Die knappen Grün- und Freiflächen in Herne sind zu erhalten. Der Landschaftsplan ist mit dem Ziel von mehr Quantität und Qualität fortzuentwickeln. Das Entsiegelungskonzept der Stadt Herne soll einen Neustart erhalten. Diesbezüglich ist ein neues Konzept zu erstellen.

Die Rücknahme von Landschaftsplangebieten ist nur im absoluten Ausnahmefall möglich. Hier ist ein erhöhter Ausgleich zwingend erforderlich.

Der Umbau des Emschersystems und seiner Nebenläufe hat für unser

Stadtgebiet besondere Bedeutung. Wir werden den weiteren Umbau des Dorneburger Baches sowie den Ausbau der begleitenden Fuß- und Radwege als Wegeverbindung zu Freiräumen und Grünanlagen in den Stadtteilen positiv begleiten.

Bei Eingriffen in Flächen werden wir darauf achten, dass Ausgleichsmaßnahmen orts- und zeitnah erfolgen. Flächen, die sich im Besitz der Stadt befinden und für Maßnahmen geeignet sind, z.B. das Erdbeerfeld, haben hier eine besondere Bedeutung. Wir werden einen Antrag zur Erstellung eines Ausgleichsflächenkatasters einbringen. Über die Entwicklung der Eingriffe und der Ausgleichsmaßnahmen und die Höhe der Ausgleichsgelder ist jährlich im Umweltausschuss zu berichten und dieses im Internetangebot der Stadt gesondert zu veröffentlichen.

Die Baumschutzsatzung der Stadt Herne soll auch weiterhin angewandt werden und die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen nach Möglichkeit vor Ort erfolgen.

- **Abfall**

Das Aufkommen aus der Bioabfallsammlung stagniert bzw. ist leicht rückläufig. Wir wollen diesen Trend umkehren und den Anteil wieder steigern. Hierzu werden wir über die Gebührensatzung stärkere Anreize schaffen. Auch der Weg der Eigenkompostierung ist zu überprüfen.

Die blaue Tonne zur Altpapiersammlung als freiwilliges Angebot ist ein erfolgreiches Modell. Insgesamt soll das Aufkommen erhöht werden.

- **Feinstaub**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es bei der Überprüfung des Luftreinhalteplanes Ruhrgebiet durch das Land, zu einer gemeinsamen Umweltzone Ruhr kommt. Zur Absicherung des Erfolges setzen wir uns für eine Feinstaub-Messstation in Wanne-Nord ein.

- **Lärm**

Mit der fristgerechten Aufstellung eines Lärm-minderungsplanes wollen wir einem der wichtigsten Gesundheitsrisiken begegnen. Hierzu gehört auch eine umfassende Abstimmung mit der Verkehrsplanung und Stadtentwicklung.

## **6. Verkehr**

Herne lebt von einer guten Verkehrsinfrastruktur. Deren Erhalt und Qualitätsverbesserung sind Ziel unserer Politik.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Öffentlicher Personennahverkehr**

Mit der regelmäßigen Fortschreibung des Nahverkehrsplans wollen die Vertragspartner ein zeitgemäßes und bedarfsgerechtes Angebot im ÖPNV sicherstellen. So sollen zukünftig noch mehr Menschen den ÖPNV nutzen.

Wir unterstützen die weitere Kooperation der Nahverkehrsunternehmen im Rahmen der KÖR (Kooperation Östliches Ruhrgebiet). Die Busse der HCR müssen bei der Neuanschaffung höchsten Umweltstandards genügen. Der Einsatz von Hybridbussen bzw. Gasbussen ist bei entsprechender technischer Reife anzustreben.

Die Abstimmung bei der Nahverkehrsplanung mit den Nachbargemeinden ist zu optimieren.

- **Radverkehr**

Wir wollen den erfolgreichen Weg zur fahrradfreundlichen Stadt weiter fortsetzen. Erste Maßnahmen wie die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft „fahrradfreundliche Städte NW“ konnten bereits erfolgen. Wir werden alle Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr öffnen, sofern keine gesetzlichen Regelungen dieses ausschließen. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude und zentralen Einrichtungen werden wir nach Möglichkeit mit ausreichenden und funktionalen Radabstellanlagen ausstatten. Die Maßnahmen des Radverkehrsgutachtens von 2001 werden wir weiter und schneller umsetzen.

- **Verkehrsraum**

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Reduktion von Lärm und Abgasen werden wir sinnvolle Maßnahmen in Form von Tempo-30 Zonen prüfen. Bei der Bewirtschaftung des Parkraums in der Innenstadt ist der laufende Versuch kritisch zu überprüfen, nicht zuletzt im Lichte der Haushaltskonsolidierung.

## **7. Jugendhilfe**

Die Vertragspartner wollen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufnehmen und mit ihnen gemeinsam Möglichkeiten schaffen, die die Entwicklung und Entfaltung junger Menschen fördern.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

Wir werden Strukturen von Jugendhilfe und Schule entwickeln, die den veränderten Problemlagen und Anforderungen an Chancengerechtigkeit, Bildung und Familienunterstützung gerecht werden. Dabei muss eine intensivere, engere Kooperation von Schule und Jugendhilfe das Ziel sein. Voraussetzung der Arbeit ist die Bereitstellung einer Stützpunkteinrichtung in jedem Stadtbezirk.

Die Mitwirkung der vielfältigen Träger ist unverzichtbar. Die Vertragspartner bekennen sich zum finanziellen Rahmen des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans sowie der einzelvertraglichen Lösungen.

- **Jugendberufshilfe**

Wir wollen die Jugendberufshilfe als eigenständiges, ergänzendes Angebot der Jugendhilfe erhalten.

Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von jungen Menschen bei der letzten Kommunalwahl erfordert eine politische Reaktion. Die Vertragspartner wollen junge Menschen für das politische Geschehen in Herne sensibilisieren, indem die Arbeit der städtischen Gremien für Kinder und Jugendliche transparenter wird.

Ein weiterer Weg ist die Stärkung des KiJuPa, welches Rede- und Antragsrecht im Ausschuss für Bürgereingaben erhalten soll.

## **8. Sport**

Im Bewusstsein der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung von Bewegung, Spiel und Sport wollen sich die Vertragspartner weiterhin für die Schaffung einer sportgerechten Stadt Herne einsetzen. Dabei wollen wir die bewährte, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne des Paktes für den Sport zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung und Stadtsportbund bzw. den Sportvereinen fortsetzen.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Sportanlagen**

Neben den Mitteln der Sportpauschale soll auch zukünftig ein Eigenbeitrag aus städtischen Mitteln in angemessener Höhe für die Zwecke des Sports eingesetzt werden. Im Mittelpunkt steht die bedarfsgerechte, an den Prioritätenlisten orientierte Modernisierung der Sportanlagen und der angeschlossenen Umkleidegebäude. Die angestrebte Angebotsverbesserung von Schulsportanlagen erfordert das Zusammenwirken von Schule und Sport. Unser Ziel ist es, weitere Sportplätze mit Kunstrasen einzurichten.

- **Hallenbad Eickel**

Das Hallenbad ist zu erhalten.

- **Eissport**

Wir stehen weiterhin zur finanziellen Unterstützung des Eissports in Herne im bisherigen Rahmen. Eine über die bestehenden vertraglichen Festlegungen hinaus gehende finanzielle Unterstützung für den Eissport kann es jedoch nicht geben.

- **Breitensport**

Zur Förderung des Freizeit- und Gesundheitssports unterstützen wir, dort wo möglich, die Öffnung und den Umbau bestehender Sportanlagen zu multifunktionalen öffentlichen Spiel- und Sportflächen.

- **Neuordnung der Bäderlandschaft**

Wir werden einen Prüfauftrag auf den Weg bringen, der sich mit der Neuaufrichtung der Herner Bäderlandschaft aus organisatorischer und eigentumsrechtlicher Sicht befasst. Ziel muss es sein, Investitionsfähigkeit auch im Bereich des Lago zu erreichen. In diesem Kontext ist auch ein Naturbad eine Option. Eine Machbarkeitsstudie - aufbauend auf dem bisher vorliegenden Gutachten - werden wir auf den Weg bringen.

## **9. Kultur**

In einer Gesellschaft, in der immer mehr Arbeit von immer weniger Menschen verrichtet wird, verbinden sich mit der Kultur besondere Chancen und Aufgaben, insbesondere mit Blick auf die Kulturhauptstadt im nächsten Jahr.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Die Ausrichtung auf das Kulturhauptstadtjahr**

Wir wollen, dass sich unsere Stadt mit zahlreichen Projekten an dem Kulturhauptstadtprozess 2010 beteiligt. Wir werden dafür die erforderlichen Mittel bereitstellen.

- **Kulturbeirat**

Der Kulturhauptstadtbeirat wird zu einem Kulturbeirat weiterentwickelt. Künstler, Kulturexperten und Interessierte sollen sich für die Weiterentwicklung der Herner Kulturarbeit stark machen und das eigenständige Profil stärken.

- **Kunstpreis**

Die Wiedereinführung eines Kunstpreises für Herner Künstler ist zu prüfen.

- **Förderschwerpunkte**

Der Förderschwerpunkt im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters bleibt erhalten. Daneben gilt es, attraktive und anspruchsvolle Kulturprojekte in Vernetzung mit Zielen der Stadtentwicklung zu initiieren. Neue zusätzliche Förderschwerpunkte ergeben sich aus dem o. g. Diskussionsprozess.

## **10. Integration - Miteinander leben in Herne**

In Herne leben viele Menschen mit einem Zuwanderungshintergrund. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren noch deutlich steigen. Wir betrachten diese Entwicklung als Bereicherung für unsere Stadt. Unser gemeinsames Ziel ist es, ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Miteinander zu schaffen. Integration ist von daher eine der Schlüsselaufgaben, die wir in den kommenden Jahren nachhaltig steuern wollen.

Dafür wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen:

- **Erweiterung der Sprach- und Bildungsförderung**

Der Erwerb der deutschen Sprache sowie die Chance auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn tragen erheblich zu einer nachhaltigen und gelungenen Integration bei. Ziel ist es, insbesondere sozialraumorientierte, frühe präventive und bildungsunterstützende Maßnahmen zu fördern wie z.B. Rucksackgruppen, Ausbau der Eltern- und Familienbildung, Sprachkurse.

- **Stärkung der interkulturellen Kompetenz**

Hierzu zählen wir eine Stärkung der fachlichen Kompetenzen im Integrationsbüro, die stringente Umsetzung des Prozesses der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sowie die Fortschreibung der Leitlinien zur Integration. Eine zentrale Aufgabe wird es sein, einen ersten Herner Integrationsbericht zu erstellen und auf der Basis ein wirksames und nachhaltiges Integrationsmonitoring zu installieren.

- **Erweiterung von Teilhabe und Partizipation**

Integration zu fördern heißt auch, Migrantinnen und Migranten am Prozess der politischen Willensbildung zu beteiligen und sie aktiv in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einzubeziehen. Der Integrationsrat ist dabei zukünftig in seinen Möglichkeiten zu unterstützen und zu stärken. Ebenfalls sind

Beteiligungsmöglichkeiten auch auf sozialräumlicher Ebene zu entwickeln, um die Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld einzubeziehen und zu stärken (wie z.B. Stadtteilpaten u.ä.). Wir werden uns darüber hinaus auch für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle hier lebenden Migrantinnen und Migranten einsetzen.

- **Einrichtung einer Härtefall-Kommission**

Der Rat der Stadt hat sich in seiner Resolution vom 30.06.2009 nahezu einmütig für ein effektives humanitäres Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende geduldete Flüchtlinge ausgesprochen. Wir befürworten in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer lokalen Härtefall-Kommission, die bei beabsichtigten aufenthaltsbeendenden Maßnahmen die Ausländerbehörde berät und Empfehlungen gibt, wenn solche Maßnahmen für die Betroffenen zu einer besonderen Härte führen können.

Die Einrichtung der Kommission ist zunächst bis Ende 2012 zu befristen. Sie soll vor allem verwaltungsexterne Experten einbinden.

- **Flüchtlingsbetreuung**

Der Betreuungsvertrag mit den Sozialverbänden soll fortgeführt werden.

## **11. Haushalt und Stadtwirtschaft**

Die Vertragspartner stehen für eine nachhaltige und verlässliche Finanzpolitik.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Haushaltskonsolidierung**

Der begonnene Weg der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen alternativlos und damit fortzuführen. Nur so können Handlungs- und Gestaltungsspielräume gewahrt respektive zurückgewonnen werden und die Belastungen für die nachfolgenden Generationen in einem verantwortbaren Rahmen bleiben.

Nicht das „Klein-Klein“ einzelner Konsolidierungsmaßnahmen darf dabei im Vordergrund stehen, sondern die Optimierung von Handlungsfeldern mit strukturellem Gewicht.

In Akzeptanz der Erkenntnis, dass wesentliche Ursachen der aktuellen Finanzkrise fremdbestimmt auf der Einnahmeseite des Haushaltes zu finden sind, müssen eigenverantwortliche Konsolidierungsstrategien den Fokus auf die Ausgabenseite legen. Wir werden weiterhin im Verbund der Städte und Gemeinden um eine Reform der Kommunalfinzen streiten, um hierüber Entlastung zu erhalten.

- **Städtisches Vermögen**

Auch das verbliebene städtische Vermögen kann zur Veräußerung anstehen, wenn es zur Erfüllung der Aufgaben verzichtbar ist und vorrangig zur Schuldentilgung und für Zukunftsinvestitionen genutzt wird.

## **12. Verwaltung, Finanzen und Personal**

Die Vertragspartner setzen sich für den Erhalt und die Stärkung der Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben ein.

Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Modernisierung der Verwaltung eine Daueraufgabe ist.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sein:

- **Öffentliche Ausschreibung**

Die Vertragspartner sind sich einig, dass weiterhin die Geschäftsführerstellen in den städtischen Betrieben öffentlich auszuschreiben sind.

- **Personalquotierungsverfahren**

Die Vertragspartner stehen zu dem Instrument der Personalkostenquotierung als Maßnahme der Haushaltssicherung. Eine Feinjustierung wird jedoch immer erforderlich sein.

- **Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen**

Soweit unter dem Druck wegbrechender Einnahmen oder der Haushaltskonsolidierung Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, werden wir die Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge und der Erhalt der Gestaltungskraft der Stadt nicht aus den Augen verlieren. Die Vertragspartner werden weiterhin auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Damit nehmen wir unsere soziale Verantwortung gegenüber den städtischen Bediensteten und ihren Familien wahr.

- **Strategische Stadtentwicklung unter Konsolidierungsgesichtspunkten**

Konsolidierungskonzept und strategische Stadtentwicklungsplanung sind aufeinander abzustimmen. Die Anpassung der städtischen Infrastruktur an die demografische Entwicklung ist mit Nachdruck zu betreiben, um Fehlentwicklungen zu vermeiden, aber auch, um neue Perspektiven zu eröffnen.

## C. Verfahren

- Die Vertragspartner stimmen zu Vorlagen oder Anträgen gemeinsam ab. Wechselnde Mehrheiten werden ausgeschlossen.
- Eigene Anträge können nach gemeinsamer Abstimmung vom Antragsteller präsentiert werden.
- Anfragen und Anträge zur Tagesordnung können von den Fraktionen autonom eingebracht werden. Die Fraktionen werden sich gegenseitig unterrichten.
- Die Vertragspartner planen, jedes Jahr gemeinsam die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit auszuwerten und als Jahresbilanz zu präsentieren.
- Die Vertragspartner werden zudem vor den Ausschusssitzungen ihre Positionen abstimmen. Für das laufende Geschäft erfolgt dies durch die Ausschusssprecher bzw. Ausschussvorsitzenden.
- Es wird eine Koordinierungsgruppe gebildet. Diese besteht aus Vertretern der Parteivorstände und den geschäftsführenden Fraktionsvorständen.
- Bei Dissens entscheidet die KoG; bis dahin werden sich die Vertragspartner enthalten bzw. Änderungsbedarfe in den Vorberatungen ankündigen. Die Koordinierungsgruppe beschließt einstimmig oder stellt den Dissens fest. Sie regelt dann für den Einzelfall das weitere Verfahren.
- Beschlüsse werden protokolliert.
- Die getroffenen Regelungen gelten entsprechend für die Gremien der städtischen Beteiligungen.

Herne, 20. November 2009




**Gerd Bollmann**  
Vorsitzender  
SPD-Unterbezirk Herne



**Dietmar Jäkel**  
Parteisprecher  
Bündnis 90/ Grüne Herne



**Dr. Frank Dudda**  
Vorsitzender  
SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Herne



**Dorothea Schulte / Dirk Gleba**  
Vorsitzende  
Bündnis 90/Grüne Fraktion  
im Rat der Stadt Herne